

## PPP-Newsletter Nr. 4/2009 des BWI-Bau vom 20.02.2009

### Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **Stadt Haan.** Feuerwache.

Schlüsselfertige Errichtung und 25jähriger Betrieb (Instandhaltung) einer Feuer- und Rettungswache mittels alternativer Projektfinanzierung.

Neubau am bisherigen Standort mit laufendem Betrieb, einschließlich Abbruch von Bestandsgebäuden und Integration, Umbau und Ertüchtigung zu erhaltender Bestandsgebäude (Hallen und Nebengebäude).

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 25.3.2009. Dokumentennummer im TED: 43789-2009.

- **Gemeinde Neuenhagen bei Berlin.** Bürgerhaus.

Planung, Neubau, Finanzierung und 20jähriger Betrieb eines Bürgerhauses. Der Neubau mit ca. 3.500 m<sup>2</sup> BGF soll einen Bürgersaal mit rund 500 Sitzplätzen, die Gemeindebibliothek, das Gemeindearchiv, Vereinsräume, Bohlebahnen und ein Restaurant integrieren.

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 19.3.2009. Dokumentennummer im TED: 40813-2009.

Weitere Infos und Bekanntmachung: [http://www.vbd-projekte.de/p42\\_neuenhagen/default.aspx](http://www.vbd-projekte.de/p42_neuenhagen/default.aspx)

### Vorinformationen

- **Stadt Brandenburg an der Havel.** Schulen.

Die Stadt Brandenburg erwägt, die Sanierung städtischer Schulen und Sporthallen im Rahmen einer PPP durchzuführen. Eine Machbarkeitsstudie hat dazu ein Paket identifiziert, das die Sanierung von vier städtischer Schulen und den Neubau einer großen Schul-Sporthalle vorsieht. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf ca. 13,5 Mio. Euro. Gemäß vorläufiger Wirtschaftlichkeitsuntersuchung beträgt der Effizienzvorteil der PPP-Lösung rd. 9%. Die Verwaltung ist beauftragt, das Verfahren fortzuführen.

**Quelle:** RatsInfoSystem der Stadt Brandenburg – Vorlage - 039/2009 mit Anlagen

- **Stadt Leipzig.** Technisches Zentrum Heiterblick.

Die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH forcieren die Vorbereitungen für den Neu- und Umbau des Technischen Zentrums Heiterblicks. Das Bauvorhaben (Werkstätten, Abstellhalle, Verwaltungsgebäude) soll als PPP-Projekt realisiert werden (Pilotprojekt des Bundesverkehrsministeriums). Die Investitionskosten werden auf 86 Mio. Euro geschätzt. Davon werden rd. 56 Mio. Euro vom Freistaat Sachsen getragen (ÖPNV-Fördermittel), den Rest von ca. 30 Mio. Euro muss der private Partner einbringen. Der Start des Ausschreibungsverfahrens soll Mitte 2009 sein.

Weitere Informationen zum Projekt unter: <http://www.technisches-zentrum-heiterblick.de/>

### Zuschlagserteilungen

- **Bund.** A-Modell A 5 Malsch-Offenburg.

Das Konsortium **Hochtief / Vinci / Reif / Kirchhoff** hat den Zuschlag für Ausbau, Betrieb und Erhalt eines 60 km langen Konzessionsabschnittes der Autobahn A 5 im Abschnitt zwischen Malsch und Offenburg erhalten. Der private Partner übernimmt die Sanierung des vorhandenen Autobahnabschnitts sowie den sechsstreifigen Ausbau einer 41 Kilometer langen Teilstrecke. Geschätzter Vertragsumfang: ca. 600 Mio. Euro; Laufzeit: 30 Jahre.

Es handelt sich um das letzte der vier in 2005 gestarteten A-Modell-Pilotprojekte. Nach Abschluss dieser Pilotprojekte ist jetzt eine neue PPP-Staffel von acht Projekten mit einem Bauvolumen von insgesamt 1,5 Mrd. Euro geplant. Jüngst ist das Vergabeverfahren für die A 8 von Augsburg bis Ulm gestartet worden (vgl. *PPP-Newsletter 3/2009 vom 06.02.2009*), in Kürze soll auch die Vergabe für die Autobahn A 9 in Thüringen beginnen.

**Quellen:** <http://www.bmvbs.de/> sowie <http://www.vinci.com/> (Pressemitteilungen vom 10.02.2009)

- **Freie und Hansestadt Hamburg.** Architektenwettbewerb Berufliche Medienschule.  
Gewinner des Architektenwettbewerbs zum Neubau der Medienschule ist das Büro **Hayner Architekten, Düsseldorf**. Im Anschluss ist jetzt eine Ausschreibung des Bauvorhabens als PPP-Projekt geplant. Der künftige private Partner ist an das Ergebnis des Wettbewerbs gebunden. Dokumentennummer im TED: 40139-2009.
- **Stadt Braunschweig.** PPP-Berater.  
Als Berater für die geplante PPP-Ausschreibung zur Sanierung und Bewirtschaftung von Schulen sowie die Gründung einer Eigengesellschaft für die Gebäudewirtschaft ggf. mit privater Beteiligung ist die **KPMG Frankfurt** ausgewählt worden. Dokumentennummer im TED: 47943-2009.

#### Weitere Informationen

- **Forschungsprojekt:** Leistungs-, Vergütungs- und Finanzierungs-Anpassungen bei PPP im Hochbau.  
In diesem Forschungsprojekt, das federführend von der TU Berlin bearbeitet wurde, wird das Thema Nachverhandlungen bei PPP-Projekten behandelt. Solche Anpassungen der ursprünglichen Verträge können sowohl von der öffentlichen Hand als auch vom privaten Vertragspartner ausgehen:
  - Die Studie „**Leistungs- und Vergütungsanpassungen bei PPP-Projekten**“ untersucht vertragliche Regeln zur Durchführung von Leistungs- und Vergütungsanpassungen aufgrund veränderter Leistungsanforderungen der öffentlichen Hand.
  - Die Studie „**Refinanzierungen bei PPP-Projekten**“ untersucht Nachverhandlungen am Beispiel von Anpassungen der Finanzierungsvereinbarungen zwischen Betreiber und dessen Kapitalgebern. Es wird analysiert, ob und wie die öffentliche Hand einbezogen werden sollte.
  - Bestandteil des Forschungsberichts ist darüber hinaus ein Arbeitspapier „**Fallstudien zu Musterverträgen und PPP-Projekten in Großbritannien und Deutschland**“. Darin werden Musterverträge und Fallstudien zu PPP-Projekten in UK und Deutschland vorgestellt.

Studien zum Download unter: <http://www.wip.tu-berlin.de/typo3/index.php?id=492>

- **Landeshauptstadt Hannover.** Einstellung PPP-Ausschreibung Sporthallen.  
Im *PPP-Newsletter 1/2008 vom 11.01.2008* hatten wir über das PPP-Vergabeverfahren zur Gesamt-sanierung und Erweiterung von 2 Sporthallen in Hannover informiert. Die Vergabebekanntmachung wurde jetzt annulliert, da die ausgeschriebene PPP-Lösung insgesamt unwirtschaftlicher war als die konventionelle Beschaffung. Dokumentennummer im TED: 45931-2009.
- **Stadt Bonn.** Frankenbad nicht PPP-geeignet.  
Im *PPP-Newsletter 14/2008 vom 25.07.2008* hatten wir darüber berichtet, dass die Stadt Bonn einen PPP-Neubau des Frankenbades überprüfen lässt. Die Machbarkeitsstudie liegt jetzt vor und hat eine PPP-Realisierung des Neubaus als wirtschaftlich nicht rentabel verworfen. Zudem sei auch das Grundstück zu klein, um alle Funktionen eines Vielzweckbades zu erfüllen.  
**Quelle:** <http://www.general-anzeiger-bonn.de/index.php?k=loka&itemid=10490&detailid=558777>
- **PPP-Projekte des Bundes.** Stand der Dinge.  
Eine komprimierte Übersicht über die PPP-Projekte des Bundes aus dem Bundeshaushaltsplan 2009 unter: [http://www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2009/pdf/vorsp/vsp\\_4.pdf](http://www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2009/pdf/vorsp/vsp_4.pdf)

#### Veranstaltungshinweis

- **9. Betriebswirtschaftliches Symposium-Bau in Weimar.**  
Vom **25.-27. März 2009** findet in Weimar das 9. Betriebswirtschaftliche Symposium-Bau statt. Auch in diesem Jahr stehen wieder die neuesten Erkenntnisse und Entwicklungen in den Bereichen „PPP im öffentlichen Hochbau“ und „PPP in der Straßenverkehrsinfrastruktur“ im Blickpunkt.  
Programmablauf und Anmeldung unter: <https://www.symposium-bau.de/>

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie  
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 6703-280  
Fax: 0211 / 6703-282  
[E.Paulsen@BWI-Bau.de](mailto:E.Paulsen@BWI-Bau.de)  
<http://www.BWI-Bau.de>



## Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts, Beschluss des Bundestags vom 23. Januar 2009** (Gesetzesfassung)  
<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2670>
- **Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts, Beschluss des Bundesrats vom 13. Februar 2009**  
<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2669>

### Novellierung des Vergaberechts

Der Bundesrat hat am 13. Februar 2009 beschlossen, dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts zugestimmt. Änderungen hat der Bundesrat nicht mehr veranlasst, er bittet aber die Bundesregierung, auf die Europäische Kommission einzuwirken, damit diese die bestehenden Rechtsunsicherheiten bzgl. interkommunaler Zusammenarbeit und anderen innerstaatlichen Kooperationen ausräumt. Auf die Aufnahme eines eigenen Absatzes in § 99 GWB hat der Bundesrat damit verzichtet, wenngleich er dies auch für die nächste GWB-Novellierung anmahnt.

Im PPP-Newsletter 1/2009 vom 9. Januar 2009 wurde bereits die Änderung des § 97 Abs. 3 GWB diskutiert. Insgesamt sind folgende wesentliche Änderungen des Vierten Teils des GWB festzustellen:

- Gemäß § 97 Abs. 3 GWB hat der Auftraggeber das Unternehmen, das zwar nicht öffentlicher Auftraggeber ist, jedoch mit der Wahrnehmung oder Durchführung einer öffentlichen Aufgabe betraut wurde, zu verpflichten, **Nachunternehmeraufträge** so zu gestalten, dass mittelständische Interessen durch Fach- und Teillosbildung gewahrt werden.
- Aufträge nach § 97 Abs. 4 GWB sollen nur an **gesetzestreue Unternehmen** vergeben werden
- Die Auftragsbegriffe in § 99 GWB sind neu gefasst. **Baufträge** sind demnach nur noch Verträge über die Ausführung oder die gleichzeitige Planung und Ausführung eines Bauvorhabens oder eines Bauwerkes für den öffentlichen Auftraggeber, das Ergebnis von Tief- oder Hochbauarbeiten ist und eine wirtschaftliche oder technische Funktion erfüllen soll, oder einer dem Auftraggeber unmittelbar wirtschaftlich zugute kommenden Bauleistung durch Dritte gemäß den vom Auftraggeber genannten Erfordernissen.“
- Die **elektronische Auktion** wird in § 101 Abs. 6 GWB verankert
- Die **Informations- und Wartepflicht** des § 13 VgV findet sich nun in § 101a GWB. Die Frist dauert jetzt grds. 15 Tage, kann aber verkürzt werden. Auch muss der Auftraggeber jetzt die „Gründe“ der vorgesehenen Nichtberücksichtigung mitteilen, bis jetzt war nur der „Grund“ mitzuteilen.
- § 101b Abs. 1 Nr. 2 GWB statuiert nun auch die Unwirksamkeit des Vertrags bei **de-facto-Vergaben**. Der bisherige (und auch bei allen Formen der de-facto-Vergabe gewählte) Umweg über § 13 VgV analog entfällt damit.
- Die **Unwirksamkeit** wird aber nach § 101b Abs. 2 GWB geheilt werden, wenn der Verstoß nicht in einem bestimmten Zeitraum (**maximal 6 Monate**) geltend gemacht wird

- Die Rechte, die nach § 107 Abs. 2 GWB geltend gemacht werden können, erstrecken sich nun auch auf „sonstige Ansprüche gegen öffentliche Auftraggeber, die auf die Vornahme oder das Unterlassen einer Handlung in einem Vergabeverfahren gerichtet sind“.
- § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB sieht jetzt eine **Antragspräklusion** vor. Konnte bisher nach einer rechtzeitigen Rüge grds. endlos gewartet werden, bis der Nachprüfungsantrag gestellt wird (einzig Treu und Glauben nach § 242 BGB war die Grenze), dürfen jetzt nicht mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung, dass der Rüge nicht abgeholfen wird, vergangen sein.
- Die Vergabekammer unterliegt zwar weiterhin dem Untersuchungsgrundsatz. Zu einer **umfassenden Rechtmäßigkeitskontrolle** ist sie nach § 110 Abs. 1 GWB aber nicht mehr verpflichtet.
- § 110 Abs. 2 GWB gibt dem Auftraggeber die Möglichkeit, eine **Schutzschrift** einzureichen, die die Vergabekammer bereits vor der Zustellung des Antrags berücksichtigen muss.
- Nach § 131 Abs. 8 GWB gelten für bereits begonnene Verfahren die bisherigen Regeln weiter.

Mütze Korsch Rechtsanwaltsgesellschaft mbH  
Rechtsanwalt Matthias Berger  
Trinkausstraße 7  
40213 Düsseldorf  
Tel. +49 211 – 88 29 29  
Fax +49 211 – 88 29 26  
Mobil +49 160 – 47 20 722  
[berger@mkg.com](mailto:berger@mkg.com)  
[www.mkg.com](http://www.mkg.com)

